

Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Bochum Ernst-Otto Stüber und der Bürgermeisterkandidatin Ottilie Scholz.

Wie aus Medien zu entnehmen war, haben Sie, Herr Oberbürgermeister und Sie, Frau Scholz die "Not-Flagge" als Symbol für "Städte in Not" über dem Bochumer Rathaus gehisst und sich damit der Aktion des Städtetages "Reformen statt Kahlschlag" angeschlossen.

Es ist für Sie beide sicherlich nicht einfach gewesen, den Appell des deutschen Städtetages vom 24.09.2003 mitzutragen, geht doch aus diesem Appell eine vernichtende Kritik an die bisherige SPD-Grüne-Politik im Bund und im Land (hier NRW) hervor.

Jahrelange Untätigkeit und Missachtung kommunaler Interessen wird der Rot-Grünen Regierung vorgeworfen. Sie sind empört darüber, hingehalten und getröstet worden zu sein. Eine Enttäuschung und Verbitterung wird reklamiert.

Ich kann das alles sehr gut verstehen, trifft vieles doch auch den Kern öffentlicher BürgerInnenkritik. Auch glaube ich, dass die BürgerInnen Bochums enttäuscht und verbittert, wenn nicht gar hochgradig verärgert sind, über die katastrophale Kahlschlagpolitik von SPD und Grünen im Bund und hier im Land NRW.

Deshalb wollen auch alle von dieser Politik Betroffenen – so glaube ich – ihre Enttäuschung, ihre Verbitterung, ihren Ärger und ihre Wut zeigen und artikulieren können und keinen Moment auslassen, den Verursachern von Sozialabbau, Verarmung, Entsolidarisierung und Entdemokratisierung ihren Protest entgegenzubringen.

Am 16.11. ab 9:00 – 13:00 Uhr bietet sich hierzu eine einmalige Gelegenheit für die Bochumer BürgerInnen, den Spitzengremien der Bundes-SPD zu zeigen, dass sie aus unserer Sicht eine katastrophale Kahlschlagpolitik betreiben.

Am 17.11. ab 9:00 – 12:00 Uhr ist hierzu die Gelegenheit, Seite an Seite mit den Gewerkschaften den Arbeitnehmerprotest dem SPD-Parteitag nahe zu bringen.

Am 17.11. ab 18:00 – 21:00 Uhr ist hierzu die Gelegenheit, den Protest zuzuspitzen und vom Bochumer Hauptbahnhof aus in einem Protestmarsch zum Congresszentrum gegen Kahlschlag und unsoziale Politik zu marschieren.

Herr Oberbürgermeister und Frau Scholz, ich fordere Sie auf, alles in Ihrer Macht stehende zu unternehmen, dass der Protest der Bochumer BürgerInnen gegen die Politik, die Sie selber kritisieren, nicht unterdrückt wird.

- Lassen Sie keine undemokratischen Strukturen zu und unterstützen Sie nicht eine Ausgrenzungs-, Abschottungs- und 300m Bannmeile-Politik.
- Ziehen Sie die undemokratischen ausgrenzenden Sondernutzungs-genehmigungen für die Parteitags-SPD zurück. Bochumer BürgerInnen haben ein Recht auf Ihren Stadtpark.
- Lassen sie nicht zu, dass über Teile von Bochum ein quasi Ausnahmezustand verhängt wird.
- Lassen Sie nicht zu, dass friedlich protestierende Bochumer BürgerInnen behindert und in ihrem Protest eingeschränkt werden.
- Lassen Sie auch nicht zu, dass die Polizei im Anflug von Sicherheitswahn versucht, friedlich protestierende BürgerInnen eventuell zu kriminalisieren.

Mit Ihrer Aktion "Städte in Not" haben Sie deutlich gemacht, dass ungewöhnliche Maßnahmen erforderlich sind, um die rot-grüne Bundestagsmehrheit zur Vernunft zu bringen. Erlauben Sie auch den Bochumer BürgerInnen, dass sie am Sonntag und Montag in Bochum ihre Wut und Enttäuschung über die Regierungspolitik angemessen artikulieren können.

Heftige Kritik an der Regierung darf kein Privileg des Oberbürgermeisters und seiner designierten Nachfolgerin sein.

Mit freundlichem Gruß

Ulrich Lange

Koordination und Versammlungsleitung der Protestveranstaltungen am
16.11. und 17.11.2003